

BNN 14.09.2015

# „Probleme nicht verschweigen“

## Gemeindetag will Gesamtkonzept zum Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen

Von Bettina Grachtrup  
und Stefanie Järkel

**Stuttgart/Karlsruhe.** Der baden-württembergische Gemeindetag hat von der grün-roten Landesregierung ein Gesamtkonzept zum Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen gefordert. Präsident Roger Kehle sagte, dabei müssten auch Schwierigkeiten offen benannt und angegangen werden. Der Landkreistag bezeichnete die Lage bei der Unterbringung von Flüchtlingen als weiterhin angespannt.

Unterdessen wurde bekannt, dass es im vergangenen Jahr 19 Angriffe auf Flüchtlings- und Asylunterkünfte im Südwesten gab, davon 14 mit rechts-extremistischem Hintergrund. Innenminister Reinhold Gall (SPD) verurteilte die Taten: „Ein Angriff auf Flüchtlinge – auf Menschen, die in unserem Land Schutz vor Verfolgung suchen – gehört für mich zu den schäbigsten Taten überhaupt.“ Er rief dazu auf, solche Delikte anzuzeigen. Gemeindetagspräsident Kehle meinte, noch stehe die Gesellschaft den Flüchtlingen wohlwollend gegenüber. Aber die Stimmung in der Bevölkerung sei fragil. „Wir müssen alles dafür tun, dass die Meinung nicht

kippt.“ Das sei nicht durch das Verschweigen von Problemen zu erreichen. Die Frage sei zum Beispiel, was passiere, wenn Asylbewerber nicht schnell genug Arbeit bekämen oder wenn das noch große ehrenamtliche Engagement der Baden-Württemberger nachlasse. „Es ist nicht damit getan, dass wir den Leuten eine Unterkunft zur Verfügung stellen“, gab Kehle zu bedenken. „Das ist am Anfang nötig, aber das ist zu wenig.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept.“ CDU-Integrationsexperte Bernhard La-sotta pflichtete dem Gemeindetag bei: „Das Land muss jetzt schnell und zielgerichtet handeln.“ Dazu gehörten auch Maßnahmen zur schnelleren Rückführung abgelehnter Asylbewerber sowie ein größeres Engagement des Landes für die Integration der Flüchtlinge in das Alltagsleben und den Arbeitsmarkt. Das Integrationsministerium entgegnete, die

Forderungen hinkten den von der Landesregierung bereits geschaffenen Fakten hinterher. „Außerdem finden sich in den Kommunen gewachsene Strukturen der Flüchtlingsarbeit, die nicht mutwillig durch landeseinheitliche Vorgaben eingeebnet werden dürfen“, teilte ein Sprecher mit. Zudem habe das Kabinett ein Programm beschlossen, das in erster Linie dazu diene, Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt fit zu machen und die verschiedenen Akteure bei der Integrationsarbeit besser zu vernetzen.

Gestern nahm derweil eine neue Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen (Ostalbkreis) ihren Betrieb auf. Die ersten 48 Flüchtlinge wurden in der ehemaligen Kaserne untergebracht. Die dortige Erstaufnahmestelle ist nach Standorten in Karlsruhe und Meßstetten (Zollernalbkreis) die dritte Einrichtung dieser Art im Südwesten. Von dort aus werden die Flüchtlinge dann in die Kreise verteilt.

Der Sozialdezernent des Landkreistags, Dietmar Herdes, sagte, gerade in den Ballungsräumen sei es schwierig, passende Gebäude zu finden. Aktuell leben laut Integrationsministerium rund 38 200 Asylbewerber in Unterkünften der Stadt- und Landkreise.

### Hintergrund

#### Trendwende erreicht?

Im ersten Quartal 2015 kamen laut Integrationsministerium 10 406 Flüchtlinge in den Südwesten. Im März sind die Zahlen zurückgegangen. So seien im Februar 3 779 Menschen gekommen, im März noch 2 932 – das liegt laut Integrationsministerium vor allem an einem Rückgang der Asylbewerber aus dem Kosovo und verschärften Grenzkontrollen,

beschleunigten Verfahren und gezielten Informationen. „Ungeachtet dessen bewegen sich die Zugänge weiter auf sehr hohem Niveau. Von einer Trendwende zu sprechen, wäre jedenfalls verfrüht“, teilte das Ministerium mit. Nach Angaben des Integrationsministeriums können in den Einrichtungen und den Notunterkünften des Landes bis zu 9 000 Menschen aufgenommen werden. Aktuell sind rund 6 000 der Plätze belegt.

Für 2015 rechnet das Bundesamt für Migration (BAMF) mit 33 000 neuen Asylbewerbern in Baden-Württemberg.

dpa